

der Universität Straßburg einen Studiengang für muslimische Theologie einzurichten.

Außerdem wurden alleine in den letzten fünf Jahren eine Fülle neuer Zeitschriften gegründet, die meist von islamischen Organisationen herausgegeben werden. Neben dem seit 1970 eingeführten „Le Muselman“ konnten sich bisher behaupten: „Lumière ex. Regards d'Islam“, „Cahiers de l'Institut des Hautes Études Islamiques“, „Islam“, „La lettre de l'UOIF [Union des Organisations Islamiques de France]“, „La Lettre des UFM [Union de Familles] de France“, „Le Monde Musulman“, „Salama“, „Nedjmeddine“, „MF“ (eine Zeitschrift der *Jeunes Musulmans de France*), „Islam de France“. Lange war die *Pariser Moschee* die einzige und wichtigste islamische Organisation in Frankreich. Mit der liberaleren Religions-Gesetzgebung in Frankreich 1981 entstand zwei Jahre

später die UOIF, ein Dachverband für ungefähr 200 Organisationen. Bezeichnenderweise hieß die UOIF erst „en France“ und jetzt „de France“. In dieser Umbenennung spiegelt sich, wie aus dem Islam in Frankreich der französische Islam wurde. Für Konvertiten gibt es seit 1985 die *Fédération Nationale de Musulmans de France* (FNMF) und für die Schwarzafrikaner die *Fédération des Associations Islamiques d'Afrique, des Comores et des Antilles* (FAIACA). Wie der FAIACA ist es der Vereinigung für die asiatischen Muslime ein Anliegen, daß Islam und arabische Kultur nicht als identisch verstanden werden. Speziell die Interessen des „jungen Islam“ vertreten die in den neunziger Jahren gegründeten Organisationen *Jeunes Musulmans de France* (MF), *Collectif des Jeunes Musulmans de France* (CJMF) und die 1987 gegründete *Union de la Jeunesse Musulmane*

(UJM). Neben der von *Union Islamique des Étudiants de France* (UISEF) in *Étudiants Musulmans de France* (EMF) umbenannten Studentenorganisation gibt es für die Hochschul学生 die *Association des Étudiants Islamiques de France* (AEIF). Offiziell anerkannt sind inzwischen außerdem die *Scouts Musulmans*.

Wenn auch die Beteiligung der Immigranten und ihrer Kinder an den französischen Wahlen signifikant unter dem Durchschnitt liegt, und der französische Staat sich im Gespräch mit dem Islam im eigenen Land zurückhaltend verhält, weil man vor der Frage steht, wer in einer Glaubensgemeinschaft ohne Klerus und Hierarchie als legitimer Gesprächspartner angesehen werden kann, so zeigen diese Entwicklungen doch auf, daß der Islam ein Teil der französischen Gesellschaft geworden ist: eben eine Religion der Franzosen. S. O.

Wind der Veränderung

Delegiertenversammlung zum „Dialog für Österreich“

Ende Oktober berieten in Salzburg Vertreter aller österreichischen Diözesen über Wege aus dem kirchlichen Problemstau. Mit überwältigenden Mehrheiten billigten sie zahlreiche Vorschläge zur Kirchenreform, die die Bischöfe jetzt Mitte November bei ihrem Adlimina-Besuch in Rom im Gepäck hatten.

Mit der Ernennung des Göttweiger Benediktinerpaters *Hans Hermann Groer* zum Erzbischof von Wien im Jahr 1986 und mit der kurz darauf erfolgten Bestellung von *Kurt Krenn* zuerst zum Weihbischof in Wien, dann zum Diözesanbischof von St. Pölten hat in der Kirche von Österreich eine Periode der Konfrontation und der Polarisierung begonnen, die bis heute andauert. Rom schwieg dazu und nahm auch nicht zu den Vorwürfen Stellung, die Kardinal Groer der Päpophilie bezichtigten. Schließlich brach eine wochen- und monatelange Medienkampagne in dieser Angelegenheit los. Die Kirchenaustritte erreichten ein besorgniserregendes Ausmaß. Ein Kirchenvolksbegehren mit fünf Grundforderungen für eine Reform der Kirche erbrachte 500 000 Unterschriften. Schließlich verzichtete Kardinal Groer auf seine Ämter, doch die Vorwürfe gegen ihn wurden nicht geklärt. In dieser heiklen und gefährlichen Situation ergriff der Gra-

zer Diözesanbischof *Johann Weber*, der nach dem Rücktritt von Hans Hermann Groer zum Vorsitzenden der Österreichischen Bischofskonferenz gewählt wurde, Anfang der neunziger Jahre die Initiative zu einem *gesamtösterreichischen Dialogprozeß*, der die Phase der Resignation und der innerkirchlichen Selbstlähmung beenden sollte. Den Startschuß dazu bildete im Herbst 1996 die „Wallfahrt der Vielfalt“ nach Mariazell, die ein großes Spektrum der verschiedensten katholischen Gruppierungen zu mobilisieren vermochte. Zahlreiche anspruchsvolle Veranstaltungen, die im Zusammenhang mit dieser Wallfahrt stattfanden, setzten einen Nachdenkprozeß in Gang, der bald immer weitere Kreise zog. Ein „Dialog für Österreich“ sollte begonnen werden.

Unter diesem Motto folgte nun, Ende Oktober dieses Jahres, eine *gesamtösterreichische Delegiertenversammlung* in

Salzburg, die mit einem gewissen Bangen erwartet worden ist. Nach dieser Veranstaltung ist in der Kirche Österreichs Erleichterung und auch Zuversicht zu konstatieren, denn dieser Delegiertentag ist in einer hervorragenden Atmosphäre abgelaufen, wie man sie eigentlich gar nicht mehr zu erhoffen wagte. Gleichzeitig ist aber auch klar geworden, daß die Geduld der österreichischen Katholiken erschöpft ist. So forderte die Delegiertenversammlung mit überwältigenden Mehrheiten eine ganze Reihe konkreter Reformen in der Kirche, und es war zu erkennen, daß man sich in diesem Verlangen nicht mehr auf später vertrösten lassen wird. Die ausländischen Beobachter, die zum Teil von Bischofskonferenzen entsandt wurden, sind ein Indiz dafür, daß der Unmut in Österreich längst kein lokales Ereignis mehr ist.

Statt Abstimmung „Abgabe von Meinungsbildern“

Die Grundlage der Delegiertenversammlung in Salzburg bildete ein äußerst instruktives *Arbeitsdokument*, das von einer kleinen Arbeitsgruppe im Auftrag der Bischofskonferenz anhand von nahezu 1000 konkreten Vorschlägen zum ursprünglichen Grundtext erstellt worden ist. Abänderungs- oder Ergänzungsanträge zu diesem Arbeitsdokument konnten von den Delegierten nur bis Anfang September schriftlich eingebracht werden. Diese Möglichkeit wurde zu mehr als neunhundert Anträgen genützt. Diese Zahl zeigt das immense Interesse der insgesamt 280 Delegierten, die in einzelnen Bistümern (z. B. in Graz) von den diözesanen Gremien nominiert, in anderen Diözesen (z. B. in Wien) direkt vom Bischof ernannt wurden. Zusätzliche Nominierungen der Bischofskonferenz verschafften diversen „movimenti“, dem Opus Dei und auch winzigen Gruppen wie dem „Club Österreichischer Katholiken“, der FPÖ nahestehend, eine Vertretung in Salzburg.

Analog zu den zwölf Themenkörben des Arbeitsdokumentes bildeten sich bei der Delegiertenversammlung zwölf Arbeitsgruppen, zu denen sich die Delegierten frei melden konnten. Aufgabe dieser Arbeitsgruppen war es, die Abänderungs- und Ergänzungsvorschläge zum Arbeitsdokument zu formulieren. Außerdem schlug jeder Arbeitskreis zwei bis drei besonders wichtige Themen dem Plenum zur endgültigen Entscheidung vor.

Dieses Verfahren war bei der Vorbereitung der Delegiertenversammlung die längste Zeit sehr umstritten, weil der St. Pöltener Diözesanbischof Kurt Krenn und seine Kombattanten jede Abstimmung ablehnten. Schließlich einigte man sich auf einen typisch österreichischen Kompromiß: Das Wort „Abstimmung“ wurde aus dem offiziellen Sprachgebrauch eliminiert, dafür kam es zur „Abgabe von Meinungsbildern“ – in den Arbeitsgruppen durch Handzeichen, im Plenum durch Druck auf den gelben Knopf der allen Delegierten zur Verfügung gestellten Abstimmungsmaschinen. In jedem Fall wurden nur die Pro-Stimmen zu den Anträgen gezählt, die Kontra-Stimmen wurden nicht erhoben, waren aber aufgrund der stets bekanntgegebenen Zahl der anwesenden De-

legierten unschwer zu errechnen. Diese Problemlösung, die einem Schwejk alle Ehre machen würde, ist ein Indiz dafür, daß es in der österreichischen Kirchenkrise keineswegs immer um großartige theologische Probleme oder gar um die Wahrheit geht, wie es da und dort heißt, sondern daß oft genug formalistische Finten und Fallen eingesetzt werden, um Entscheidungen zu blockieren bzw. hinauszuzögern.

Am Tag der Eröffnung der Delegiertenversammlung, am 23. Oktober, kam es zu einem Knalleffekt: Die Nachrichten der Medien berichteten schon früh morgens, daß der Wiener Erzbischof, Kardinal *Christoph Schönborn*, plötzlich erkrankt sei und mit Verdacht auf Lungenembolie in ein Krankenhaus eingeliefert wurde. Die Geschäftsordnung der Delegiertenversammlung bestimmte jedoch, daß dem Vorsitzenden der Bischofskonferenz die Gesamtleitung dieser Veranstaltung obliegt. Mit dem unvorhergesehenen Ausfall des Kardinals von Wien mußte der Grazer Bischof *Johann Weber* einspringen, der unmittelbar nach dem Papstbesuch in Österreich im Juni den Vorsitz in der Bischofskonferenz niedergelegt hatte. Kardinal Schönborn wurde daraufhin zum neuen Vorsitzenden, Bischof Weber zu seinem Stellvertreter gewählt. Weber hatte damals noch bemerkt, er habe mit seinem Rücktritt den Eindruck vermeiden wollen, der „Dialog für Österreich“ sei vorrangig seine Sache; demgegenüber hätte die breite Gesamtverantwortung für diesen Vorgang klar herausgestellt werden sollen.

Durch die Erkrankung des Kardinals fiel aber nun doch wieder die Hauptverantwortung dem Grazer Bischof zu, und dieser nützte die Eröffnung des Delegiertentages zu sehr offenen Worten. So sagte Bischof Weber beim einleitenden Vespertagesdienst im Salzburger Dom, wo das Mißtrauen in der Kirche überhandnehme, werde das Antlitz Jesu unkenntlich: „Mißtrauen und Machtmißbrauch sind wie Zwillinge. Schickt sie fort! Es ist genug Unheil angerichtet worden durch Denunziationen und Hintertüren – jetzt reicht es!“ Zugleich warnte der Bischof vor „unnötigen Fußfesseln“, wie sie in Formulierungen ‚Es geht ja nichts‘, ‚Wir haben allein die patentierten Mittel gepachtet‘ oder ‚Ihr habt nicht zu fragen, es ist alles entschieden‘ sichtbar werden.

Im übrigen, so betonte der Bischof, seien die Delegierten nicht gekommen, um zu schweigen, sondern um zu reden. Gleichzeitig müsse es aber eine Bereitschaft zum Hören geben. Es gebe ein Recht darauf, gehört zu werden, auch gegenüber den Verantwortlichen, sei es in Rom, sei es hier zu Hause. Dabei solle das oft vom Lärm der Schlagzeilen über-tönte nachdenkliche Hören zu einer neuen Wirklichkeit der katholischen Kirche in Österreich werden.

Bei der ersten Arbeitssitzung am folgenden Morgen im Salzburger Bildungshaus St. Virgil nannte Bischof Weber einige besorgniserregende Zahlen. So ist in Österreich der Anteil der Katholiken seit den dreißiger Jahren von 90,5 auf 73,5 Prozent zurückgegangen. In Wien stellen sie nur noch knapp die Hälfte der Wohnbevölkerung. Die Zahl der Muslime in Österreich hat sich indessen zwischen 1981 und 1991 auf das Doppelte, d. h. auf eine halbe Million, erhöht.

Mit dieser Einstimmung in die ernste Realität der Situation gingen die Delegierten an die Arbeit. Das Plenum befaßte sich schließlich mit den Voten der Arbeitsgruppen in stundenlangen Non-Stop-Sitzungen, wobei der Ernst und die Sachlichkeit der Beratungen besonders auffiel: Jede Meinung wurde in Ruhe angehört, niemand wurde unterbrochen oder gar attackiert, Beifallskundgebungen gab es nur in Ausnahmefällen. Nur einmal brachen gewisse Emotionen durch, als zwei Bischöfe knapp nacheinander die Redezeit von je drei Minuten überschritten und daraufhin erklärten, den Bischöfen müsse doch eine Ausnahme in Form einer längeren Redezeit zugestanden werden. Diese Auffassung wurde aber allgemein abgelehnt und stieß auf lauten Protest. Es wurde als liebenswürdige Geste aufgefaßt, daß der eine der beiden Bischöfe sich am nächsten Tag beim Plenum entschuldigte.

Als quälend erwies sich bald die *akute Zeitnot*: Zu viel war von der Programmplanung in die drei Tage hineingestopft worden. Daher konnten relativ viele Anträge nicht wirklich ausdiskutiert werden. Dazu kam noch die ausgesprochene Debattierfreudigkeit der Delegierten, die im Plenum zu einer Rednerliste von nahezu 200 Wortmeldungen führte. Nicht alle dieser Wortmeldungen konnten berücksichtigt werden. Schließlich ergab sich auch noch eine andere Schwierigkeit: Durch das an sich erfreuliche Bemühen, Minderheitsmeinungen in den Arbeitsgruppen nicht einfach zu überstimmen, kam es zu zahlreichen *Kompromißformulierungen*, die wohl ein gutes Zeichen für die Toleranz der Delegierten sind, die aber die Qualität der beschlossenen Texte durchaus nicht immer erhöht haben.

Verlangen nach Erneuerung

Die eigentliche Überraschung des Delegiertentages ergab sich bei der „Erhebung der Meinungsbilder“, also bei den Abstimmungen. Denn hier zeigte sich, welche grundlegenden Wandlungen in den letzten Jahren im Bewußtsein der katholischen Kernschichten in der Alpenrepublik vor sich gegangen sind: Die Delegierten, die ja allesamt direkt oder indirekt von den Bischöfen vorgeschlagen oder nominiert wurden, zeigten ein beeindruckendes Verlangen nach Erneuerung, einen entschlossenen Willen zur Reform der Kirche, der quer zu allen Einzelthemen in fortlaufenden Zweidrittel- bis Dreiviertel-Mehrheiten sichtbar wurde. Dieses Phänomen verblüffte sichtlich alle, die Zeugen dieses Vorgangs wurden, Bischöfe wie Delegierte, Beobachter ausländischer Bischofskonferenzen wie Journalisten, die nicht nur aus Österreich und benachbarten Ländern, sondern sogar aus den USA zu diesem Ereignis gekommen waren.

Mehrere Bischöfe fühlten sich nach der Serie reformfreundlicher Abstimmungsergebnisse bemüßigt, darauf hinzuweisen, daß in einer Reihe von Punkten „Lehre der Kirche“ verletzt worden sei. Es war bedauerlich, daß die anderen Bischöfe zu dieser Behauptung schwiegen, und erst nach der Plenarversammlung dagegen auftraten. Kardinal Schönborn erklärte, er

habe bei Durchsicht der Ergebnisse von Salzburg keine Häresie entdecken können, im übrigen sei der Unterschied zwischen Glaubenslehren und Ordnungsvorstellungen zu beachten. Diese Klarstellung war zweifellos wichtig. Die Medien kümmerten sich um diese interne Debatte wenig: Sie berichteten zum Teil in größter Aufmachung über den Verlauf und die Ergebnisse des Delegiertentages und zum ersten Mal seit längerer Zeit hatte die Kirche wieder ein positives Medienecho. Die allgemeine Aufmerksamkeit wandte sich begreiflicherweise vor allem den Beschlüssen des Delegiertentages zu. Sie wurden aufgrund von 35 Anträgen der Arbeitsgruppen vom Plenum gefaßt. Zwei dieser Anträge sind von der Plenarversammlung einstimmig verabschiedet worden: Der eine Antrag forderte die katholische Kirche in Österreich und ihre Repäsentanten auf, alles zu tun, damit der arbeitsfreie Sonntag erhalten bleibt. Der zweite Antrag, der die Zustimmung aller Delegierten fand, formulierte eine strikte Ablehnung jeglicher aktiver Sterbehilfe.

Im Kapitel „Berufung und Leben der Priester“ sprachen sich 199 von 265 Delegierten für die Zulassung von „*virii probati*“ zum Priesteramt aus. Ein weitergehender Antrag, es möge die Berufung zum Priesteramt von der Berufung zur zölibatären Lebensform getrennt werden, blieb in der Arbeitsgruppe in der Minderheit und konnte daher nicht mehr im Plenum behandelt und abgestimmt werden.

Ein weiterer wichtiger Punkt betraf den ständigen *Diakonat für Frauen*. Für diesen Antrag stimmten 212 von 265 Delegierten oder 79 Prozent. In dem Antrag, der mit dieser Mehrheit beschlossen worden ist, wird an die Österreichische Bischofskonferenz appelliert, dieses Anliegen in Rom mit allem Nachdruck zu vertreten. Ältere Delegierte erinnerten sich, daß schon der österreichische Synodale Vorgang im Herbst 1974 (!) die gleiche Forderung erhob. Damals unterstützten jedoch nur sieben von 15 Bischöfen in der Österreichischen Bischofskonferenz dieses Verlangen.

Für die Sakramentenspendung an wiederverheiratete Geschiedene traten in Salzburg 233 von 269 Delegierten oder 87 Prozent ein: „Wiederverheiratete Geschiedene sollen erfahren, daß sie in der Gemeinde Heimat haben und zu Gottesdiensten, zu kirchlichen Veranstaltungen sowie zur Mitarbeit eingeladen sind. Die persönlich verantwortete Gewissensentscheidung Betroffener, nach sorgfältiger Prüfung – womöglich nach einem Gespräch mit einem Seelsorger – zur Kommunion hintreten zu dürfen, ist zu respektieren. Die Diözesanbischöfe werden ersucht, die Mitarbeit von wiederverheirateten Geschiedenen im Pfarrgemeinderat und die Übernahme von Patenämtern zu ermöglichen. Die Dienstordnung der Diözesen soll dahingehend geändert werden, daß eine Weiterbeschäftigung wiederverheirateter Geschiedener im kirchlichen Dienst nach Berücksichtigung der konkreten Situation ermöglicht wird.“ Die Delegierten verweisen in diesem Zusammenhang auf das Votum der römischen Bischofssynode des Jahres 1980, die schon damals auf die Praxis der Ostkirche verwies und eine „umfassendere pastorale Barmherzigkeit“ in solchen Fällen empfahl.

Hinsichtlich der Pfarrgemeinderäte verlangten 225 von 269 Delegierten, also 84 Prozent, eine Erweiterung der Mitbestimmungsrechte dieser Gremien, die ein ausdrückliches Anhörungsrecht bei der Bestellung eines neuen Pfarrers erhalten sollen. 78 Prozent verlangten die Installierung einer Projektgruppe des „Dialogs für Österreich“ und eine erneute Delegiertenversammlung innerhalb von drei Jahren.

Option für eine menschnahe Pastoral

Kontroverser verliefen die Diskussionen um Themen der *Sexualität*, doch lag auch hier die Zustimmung bei den Abstimmungen um 75 Prozent und mehr. Dies gilt vor allem für den Antrag, der sich auf die „verantwortete Elternschaft“ bezog: „Es steht den Partnern zu, nach Erwägung kirchlicher Weisungen im Sinne verantworteter Gewissensentscheidung, die für ihre konkrete Situation am besten geeignete Methode der Empfängnisregelung zu wählen.“ In einem anderen Antrag, der mit ebensolcher Mehrheit angenommen wurde, heißt es: „Wir respektieren neben der kirchlich geschlossenen Ehe auch andere Formen verschiedener Lebensgemeinschaften, in denen Liebe, Verantwortung und Treue verwirklicht wird. Wir respektieren auch, daß Jugendliche auf der Suche nach einer ihnen gemäßen Form gelebter Sexualität sind, die noch nicht von Anforderungen einer lebenslangen Partnerschaft bestimmt wird. Die Seelsorge soll ratsuchende Menschen nicht einfach auf Verbote und Gebote verweisen, sondern in kluger pastoraler Beratung zu einer verantwortlichen und freien Entscheidung führen.“

Ebenfalls mehr als 75 Prozent Zustimmung fand schließlich der Antrag, in dem gefordert wird, homosexuellen Menschen sei mit Achtung und Takt zu begegnen: „Sie dürfen nicht ausgegrenzt und zurückgesetzt werden. Sie sind zur aktiven Teilnahme am kirchlichen Leben zu ermutigen und bei der Mitarbeit zu unterstützen.“

Ein weiterer Vorschlag, der von 233 der anwesenden 260 Delegierten angenommen wurde, sprach sich für die Beachtung des *Subsidiaritätsgesetzes* auch in der Kirche aus, und zwar sowohl innerhalb der Diözesen als auch im Verhältnis von Orts- und Weltkirche. Auf jeder Ebene sollten die jeweils Betroffenen in die kirchlichen Entscheidungsvorgänge einbezogen werden. Vor der Erstellung verbindlicher Dokumente in Rom sollten die vatikanischen Dikasterien verpflichtende Konsultationsvorgänge absolvieren. Im übrigen stehen die Delegierten zum Recht des Papstes, Bischöfe frei zu ernennen, doch wird eine Mitwirkung der Ortskirchen bei der Ernennung neuer Bischöfe urgiert.

Für eine Beschleunigung und bessere Transparenz der Laiisierungsverfahren traten schließlich 225 von 269 Delegierten ein. Laiisierten Priestern solle der Zugang zu allen kirchlichen Diensten und Berufen ermöglicht werden.

In weiterer Folge wurden Eingriffe in die menschliche Keim-

bahn und alle Klonierungsversuche beim Menschen von 252 der 260 Delegierten abgelehnt. Möglichkeiten von Wissenschaft und Forschung sollen aber neu und angemessen bewertet und nicht a priori abgeblockt werden. Der Antrag zum Schutz des Lebens in all seinen Phasen fand schließlich eine ähnlich deutliche Mehrheit.

Im Kapitel „Sozial wirtschaften“ traten gar 97 Prozent der Delegierten für ein ökumenisches Sozialwort der Kirchen zu Beginn des neuen Jahrhunderts ein. Für eine „soziale Grundsicherung“ votierten deutlich weniger Stimmberechtigte, die immerhin noch 72 Prozent ausmachten. Die Arbeitsgruppe „Solidarität kennt keine Grenzen“ sprach sich gegen jede Fremdenfeindlichkeit aus und fand damit im Plenum eine Zustimmungsrate von 86 Prozent. Die Solidarität Österreichs mit seinen Nachbarstaaten im Osten und die Osterweiterung der EU, die in Österreich durch seine Grenznähe eher umstritten ist, wurde von 94 Prozent der Delegierten als dringendes Anliegen gewertet. Einen Schuldennachlaß an die ärmsten Länder der Welt und herbe Kritik am neoliberalen, sich selbst regulierenden Markt bejahen 85 Prozent der Delegierten.

Als dann die letzten Wortmeldungen verklungen, die letzten „Meinungsbilder“ erhoben waren, kam in der Delegiertenversammlung so etwas wie *Euphorie* auf. Natürlich wußten alle, daß nicht jede einzelne Formulierung auf die Goldwaage gelegt werden durfte – dazu waren der Zeitdruck und die Hast im Programmablauf zu groß. Was aber eine ziemlich allgemeine Ermutigung gab, war die Tatsache, daß nach Jahren des Streits und der Konfrontation diesmal der Versuch einer fairen und friedlichen Meinungsbildung auf einer sehr breiten Ebene in der Kirche Österreichs gelungen ist: Insgesamt war das Ergebnis in Salzburg die Option für eine Pastoral, die stärker als bisher auf die Sorgen, Nöte und Wünsche der Menschen eingeht.

Erneut negative Schlagzeilen

In seinem Schlußwort griff Bischof Johann Weber, der sich während der Salzburger Tage als prägende Integrationsfigur erwiesen hat, einige weiterführende Gedanken auf. Inständig appellierte er an alle, mit den gegenseitigen Vorwürfen endlich Schluß zu machen, niemanden mehr zu verletzen, und die Tage in Salzburg nicht zu vergessen: „Sie zeigen uns Wegmarkierungen, die wir vielleicht übersehen haben. Dafür haben wir Ihnen zu danken!“

In diesem Geist zogen dann die Delegierten mit den Bischöfen zu einer abschließenden Wallfahrt nach Maria Plain bei Salzburg. Diese Einbettung des dichten Arbeitsprogramms in ein begleitendes geistliches Geschehen erwies sich als ebenso fruchtbar wie die fortwirkenden Erfahrungen des Salzburger Diözesanforums 1996, das zu einer spürbaren Entkrampfung im Verhältnis zwischen den Salzburger Diözesanen und ihrem Erzbischof geführt hat. Nicht weniger hilfreich waren die ökumenischen Aspekte der Salzburger

Tage mit dem pointierten Grußwort des orthodoxen Metropoliten *Michael Staikos*, der im Salzburger Dom dafür dankte, daß am ersten Adventssonntag 1999 in Österreich erstmals ein ökumenischer Christentag durchgeführt wird.

So positiv eine derartige Zwischenbilanz sein mag – schon bei der ersten Bischofskonferenz nach dem Salzburger Delegiertentag tauchten schon wieder ernste Meinungsverschiedenheiten auf. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen stand diesmal der Fünfjahresbericht der Österreichischen Bischofskonferenz, in dem u. a. recht offen und auch selbstkritisch das unzureichende Konfliktmanagement der Kirche in der Causa Groer beim Namen genannt wurde. Diesen Bericht überreichten die Bischöfe jetzt bei ihrem Ad-limina-Besuch in Rom den zuständigen kurialen Dienststellen.

Gegen Ende dieses Besuches erklärte plötzlich Bischof Krenn gegenüber Journalisten, er habe diesen Bericht nicht gekannt und lehne ihn ab. Kardinal Schönborn trat dieser Behauptung öffentlich entgegen und teilte mit, die Bischöfe hätten sich eingehend mit diesem Bericht befaßt. Daraufhin sagte Bischof Krenn in einem TV-Interview auf dem Petersplatz, wer ihm vorwerfe, in dieser Sache gelogen zu haben, sei selbst ein Lügner: Diese Lügner mögen jetzt „das Maul halten“.

Auf diese selbst für Bischof Krenn ungewöhnliche Entgleisung reagierte der Kardinal von Wien gelassen, aber bestimmt: „Wir brauchen dringend mehr Ordnung und Disziplin in unserer Bischofskonferenz.“ Außerdem erklärte Schönborn, er habe seine Anwesenheit in Rom genützt, um den Präfekten der Bischofskongregation über den Vorfall zu informieren; ein schriftlicher Bericht werde nachgereicht. Bischof Krenn zeigte sich davon wenig beeindruckt: „Nur der Papst ist zuständig für Verfahren gegen Bischöfe.“

Damit war die Kirche in Österreich wie schon so oft in den letzten Jahren in negativer Weise in die Schlagzeilen geraten, und wieder einmal war Bischof Krenn der Auslöser der Affäre. Dadurch wurde in der Öffentlichkeit die Ansprache Johannes Pauls II. zum Abschluß des österreichischen Ad-limina-Besuches völlig überdeckt. In dieser Ansprache, die der Papst nicht wirklich gehalten hat, sondern deren Text nach der Frühmesse verteilt wurde, wurden die österreichischen Bischöfe dafür gelobt, daß sie den Dialog zum vorrangigen Anliegen ihrer Hirtensorge gemacht und versucht haben, alle Gläubigen in diesen Dialog einzubeziehen. Kritik äußerte der Papst gegenüber Rufen nach einer Demokratisierung der Kirche in Österreich: „Zuweilen besteht der Eindruck, daß die Kirche in eurem Land der Versuchung nachgibt, sich in sich selbst zu verkrümmen, um sich mit soziologischen Fragen zu beschäftigen, anstatt sich für die große katholische Einheit zu begeistern.“

Zu den einzelnen Vorschlägen und Forderungen der Salzburger Delegiertenversammlung nahm der Papst nicht Stellung, nur das Priesteramt für Frauen lehnte er dezidiert ab. Bischof Weber meinte später dazu, die Papstrede sei vom „Ton des Wohlwollens“ getragen gewesen: „Ohrfeigen haben nicht stattgefunden, es wurden keine Türen zugeschlagen, und es gab keine Rüge für die Bischöfe.“

So wird nun am 9. Dezember eine Sonderkonferenz der Bischöfe in Salzburg stattfinden. Dabei wird die Weiterarbeit an den Ergebnissen des Salzburger Delegiertentages beraten. Eine Kommission unter dem Vorsitz von Weihbischof *Alois Schwarz* soll bis zur Frühjahrskonferenz der Bischöfe konkrete Vorschläge für diese Weiterarbeit vorlegen.

Fritz Csoklich

„Unterschätzte Säkularisierung“

Ein Gespräch mit dem Religionssoziologen Detlef Pollack

Eine Gesellschaft, die nicht mehr volksskirchlich, die weitgehend säkularisiert ist und doch Spuren religiöser Renaissance zu zeigen scheint – angesichts einer unübersichtlichen religiösen Landschaft ist die Religionssoziologie gefordert. Über Einsichten und Probleme dieses Fachs sprachen wir mit Professor Detlef Pollack. Er lehrt an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder und ist Sprecher der Sektion Religionssoziologie in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Die Fragen stellte Alexander Foitzik.

HK: Herr Professor Pollack, angesichts einer reichlich diffusen und unübersichtlichen religiös-kirchlichen Landschaft, mit der wir es in Deutschland offenkundig zu tun haben, richten sich hohe Erwartungen an die Religionssoziologie. Dort ist von der Krise der Religion ebenso die Rede wie von deren neuerlicher Renaissance oder doch zumindest einer vage bleibenden Religiosität, von einer immer weiter fort-

schreitenden Individualisierung und Pluralisierung des religiösen Feldes und von der Vielfalt der kulturellen Antreffbarkeit von „Religiösem“. Was kann realistisch derzeit von den Religionssoziologen erwartet werden?

Pollack: Eines der Hauptprobleme, das die Religionssoziologen immer zu allererst zu lösen haben, ist die Klärung der